

bringen. Und ein politischer Makro-Neustart sollte den US-Dollar als einzige Leitwährung ablösen, den IWF als Kreditgeber der letzten Instanz anerkennen, ein multilaterales Währungsregime errichten und nationale Netze von Mikrobanken knüpfen – als Gegengewicht zum globalen Finanzregime.

Sabine Reiner

## **Verordnete Armut: Grundlage der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise**

In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten haben sich wirtschaftspolitische Konzepte weltweit am Prinzip der Pferdeäpfel-Theorie orientiert. Die gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen ist demnach hinderlich für eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung, von der letztlich alle profitieren könnten. Wenn dagegen die Pferde ordentlich mit Hafer versorgt werden, dann kommt auch hinten genug heraus, um die Spatzen am Wegesrand zu füttern.

Also wurden die vermeintlichen Zugpferde so richtig gepöppelt mit der Folge einer dramatischen Auseinanderentwicklung der Einkommen aus Kapital und Arbeit. Die Umverteilung von unten nach oben zeigt sich insbesondere in den Industrieländern seit den 1970er Jahren an einem langfristigen erheblichen Rückgang der jeweiligen Lohnquoten und an einem heftigen Anstieg der Einkommen von reichen Haushalten. In den USA hatte die nach der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre eingeleitete Politik des New Deals bis in die 1970er Jahre zu einer gleichmäßigeren Verteilung von Einkommen und Vermögen geführt. Seither wurde dieser Trend wieder umgekehrt: Heute sind bei der Einkommensverteilung wieder die Verhältnisse der 1920er Jahre hergestellt (IMK 2009: 3f.). In den USA stieg allerdings – im Unterschied zu Deutschland – die Konsumnachfrage weiter an, weil auch die ärmeren Haushalte ihre relativen Einkommensverluste durch eine zunehmende Kreditaufnahme kompensierten.

In Deutschland ist der langfristige Umverteilungstrend mit der Politik der »Agenda 2010« seit 2003 massiv verstärkt worden. Die Lohnquote – der Anteil der Arbeitseinkommen am Bruttoinlandsprodukt – verzeichnete zwischen 2003 und 2008 einen beispiellosen Absturz von gut 70 auf nur noch etwa 65%. Doch dieser Absturz zeigt noch nicht einmal die ganze Dramatik der Ausweitung von Armut und Prekarität.

Denn bei den Tarifeinkommen gelang es immerhin noch, in den Jahren seit 2002 preisbereinigt ein Plus von drei Prozent durchzusetzen. Beschäftigten ohne Tarifschutz wurde jedoch ein massiver Lohnverzicht aufgezwungen. Die Größenordnung kann mit rund acht Prozent nur geschätzt werden. Einzelne haben real deutlich mehr verloren. Gewonnen haben nur diejenigen, die Unternehmensgewinne und Vermögenseinkommen beziehen. Letztere stiegen zwischen 2002 bis 2008 preisbereinigt um über 30%.

Fast zwei Millionen Beschäftigte müssen in Deutschland inzwischen für weniger als fünf Euro brutto die Stunde arbeiten. Seit 1995 ist die Zahl der Menschen, die in Deutschland für Niedrig- und Hungerlöhne schufteten, um über 40% auf fast sieben Millionen angestiegen. Das sind über 22% aller Beschäftigten. Damit ist Deutschland »Europameister« beim Niedriglohnanteil. Selbst zu den USA, die einen Niedriglohnanteil von rund 25% haben, ist der Abstand nur noch gering (vgl. Kalina/Weinkopf 2008). Im Ergebnis hat auch die Vermögensungleichheit weiter zugenommen: Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung haben seit 2002 ihren Anteil am Gesamtvermögen von 58 auf über 61% erhöht und die ärmsten zehn Prozent haben sich weiter verschulden müssen. Oder anderes betrachtet: Das obere Drittel besitzt fast alles, die unteren zwei Drittel der Bevölkerung haben kein oder nur ein geringes Vermögen (vgl. Frick/Grabka 2009).

»Jede Arbeit ist besser als keine Arbeit«, »Sozial ist, was Arbeit schafft« – diese Vorstellungen lagen den Hartz-Gesetzen und anschließend der Politik der großen Koalition zugrunde. Der SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier ist auch jetzt noch der Überzeugung, dass die »Agenda 2010« der Entwicklung von Wirtschaft und Beschäftigung nicht geschadet, sondern, angesichts der Krise, in eine bessere Ausgangsposition gebracht hat. »Wo stünde dieses Land heute, wenn nicht wir Millionen Menschen in Arbeit gebracht hätten?« – fragt er in seiner Parteitag-Rede vom 14. Juni 2009.

Nüchtern betrachtet bleibt von »Millionen Menschen in Arbeit gebracht« jedoch nicht viel übrig – nicht einmal wenn man den Anspruch auf gute Arbeit außen vor lässt. In jedem Aufschwung gibt es mehr Beschäftigung. Allerdings war der Beschäftigungsaufbau mit 1,6 Millionen im Aufschwung 2003 bis 2008 geringer als noch im Aufschwung davor: 1997 bis 2001 betrug der Zuwachs fast zwei Millionen. Die Zunahme kam außerdem nicht durch die Schaffung von normalen Vollzeitstellen zustande. Zwischen 2003 und 2008 hat die Anzahl von unbefristeten, sozialversicherten Vollzeitjobs sogar um fast eine Million abgenommen.

Erwerbslose wurden mit dem Arbeitslosengeld II unter Druck gesetzt, jeden Job annehmen zu müssen. So boomten die verschiedenen Formen von schlechter Arbeit: Ein-Euro-Jobs plus 300.000, Mini-Jobs plus 500.000, alle

möglichen Formen von neuer (Schein-)Selbständigkeit plus 400.000. Auch die Teilzeitquote hat weiter zugenommen: Ein Drittel aller Beschäftigten arbeiten Teilzeit, 1996 waren es gerade einmal gut 20%. Bei der Leiharbeit gab es ebenfalls eine massive Zunahme um 400.000 auf zeitweise insgesamt 800.000. Viele der in Leiharbeit Beschäftigten haben jetzt als erste ihren Job verloren.

In der Vergangenheit zogen mit jedem Aufschwung auch etwas zeitversetzt die Löhne und Gehälter an. Doch im letzten Aufschwung waren die neu entstandenen Jobs viel zu schlecht bezahlt, um eine Belebung des privaten Konsums zu bewirken. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik klafft zwischen dem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts und dem privaten Konsum eine deutliche Lücke: Während das Bruttoinlandsprodukt im Aufschwung bis 2008 real um knapp zehn Prozent gestiegen ist, kam der private Konsum mit einem Anstieg von nicht einmal einem Prozent praktisch nicht vom Fleck.

Hochgerechnet auf die letzten zehn Jahre wurde den Beschäftigten in Deutschland insgesamt über eine halbe Billion Euro durch Umverteilung zugunsten der Gewinn- und Vermögenseinkommen vorenthalten. Soviel mehr wäre in ihren Taschen gelandet, wenn die so genannten verteilungsneutralen Spielräume – Produktivitätsentwicklung plus Inflationsausgleich – hätten ausgeschöpft werden können. Hinzu kommen noch Steuergeschenke an Unternehmer und Reiche. Durch mehrfache Reduzierung der Unternehmenssteuern, Senkung des Höchststeuersatzes und Verzicht auf eine angemessene Vermögensbesteuerung kommt man auf eine weitere halbe Billion Euro, die von unten nach oben verteilt worden ist. Geld, das Maria Musterfrau und Otto Normalverbraucher zum Einkaufen fehlt.

Diese Politik hat in mehrfacher Weise zur Entstehung der Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise beigetragen (vgl. ver.di 2009). Die zunehmende Umverteilung in Deutschland und weltweit hat ebenso wie die Privatisierung sozialer Sicherungssysteme und das verschuldungsgestützte Wachstum unter anderem in den USA immer mehr Geld auf die Finanzmärkte gespült. Je mehr Geld auf der Suche nach lukrativen Anlagen und immer höheren Renditen ist, desto größer die Gefahr der Blasenbildung und Tendenz zur Verselbständigung der Finanzsphäre gegenüber der Realwirtschaft, desto größer der Druck, immer neue Anlageformen und Finanz»produkte« zu erfinden – so lange bis die Blase platzt.

Das politisch geförderte Lohndumping in Deutschland hat außerdem andere Länder unter großen Druck gesetzt. Entweder sie machen mit beim Umverteilungswettlauf zulasten der Beschäftigten oder sie verlieren weitere Weltmarktanteile gegenüber dem Exportweltmeister Deutschland.

Der deutsche Exportüberschuss schnellte bis 2007 mit 170 Milliarden Euro auf den höchsten Überschuss der Nachkriegszeit hoch. Deutschland hat also unter seinen Verhältnissen gelebt und viel mehr Waren und Dienstleistungen exportiert als im Gegenzug aus dem Ausland importiert wurden. Das hat nur funktioniert, weil andere Länder mehr importieren als exportieren, also über ihren Verhältnissen leben. Mit dem Platzen der Kreditblase bricht die schuldenfinanzierte Nachfrage aus den Defizitländern, vor allem USA, aber auch Spanien, Großbritannien und vielen anderen zusammen. Absatzmärkte schrumpfen weltweit, die ganze Weltwirtschaft kommt ins Trudeln. Besonders betroffen sind Länder, die sich in hohem Maße von Exporten abhängig gemacht haben. Ganz vorne dabei der Exportjunkie Deutschland, der seine Exporterfolge mit einer verhängnisvollen Schwäche des Binnenmarktes erkaufte hat.

Verheerend wäre, wenn sich die Ansicht von Kanzlerin Angela Merkel durchsetzt, die ein Umsteuern ablehnt und weiterhin das Land als Exportweltmeister sehen will. Deutsche Unternehmer werden – wie Unternehmer in allen anderen exportorientierten Ländern – in einen Konkurrenzkampf um die weltweit geschrumpften Absatzmärkte eintreten. »Kosten runter« – koste es, was es wolle, wird noch mehr zur Devise, als es ohnehin schon der Fall ist. Der Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen droht sich nochmals zu verstärken.

Voraussetzung für eine Umkehr und eine nachhaltige Entwicklung ist die Umverteilung von oben nach unten. Zum umfassenden Ausbau des privaten Konsums und der heimischen Dienstleistungen müssen vor allem die Löhne und der Sozialstaat gestärkt werden. Hierzulande heißt das, Befristungen, Leiharbeit und Minijobs massiv zurückzudrängen. Das Arbeitslosengeld II muss auf 435 Euro erhöht und ein Zumutbarkeitsschutz für Jobs eingeführt werden. Vor allem brauchen wir endlich den gesetzlichen Mindestlohn, der mit 7,50 Euro beginnt und schnell neun Euro erreicht. Ein staatliches Investitionsprogramm in Höhe von 100 Milliarden Euro würde zwei Millionen Arbeitsplätze schaffen. Eine solchermaßen gestärkte Binnennachfrage würde auch zu höheren Importen führen. Deutschland würde so einen Beitrag leisten, um die Kluft zwischen Im- und Exporten und damit das Ungleichgewicht im Außenhandel abzubauen.

Kluge Ratschläge und Forderungen allein richten wenig aus. Nur mit Massenprotesten wird es gelingen, eine Umkehr zu erzwingen. Dazu brauchen Menschen aber auch Hoffnungen und Ziele. Die Vorstellung von guter Arbeit für alle und konkrete Schritte wie etwa der gesetzliche Mindestlohn, Investitionen in ein besseres Leben für alle, kurze Vollzeit statt allzeit bereites Arbeiten bis zum Umfallen können einen Diskussionsprozess in Gang brin-

gen bzw. alte Debatten wiederbeleben – und so Menschen anregen, darüber nachzudenken, wie sie sich eine lebenswerte Gesellschaft vorstellen.

### Literatur

- Frick, Joachim R./Grabka, Markus M. (2009), Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland, DIW-Wochenbericht 4
- IMK-Arbeitskreis Finanzkrise (2009), »Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise«, IMK-Report Nr. 38, Mai
- Kalina, Thorsten/Weinkopf, Claudia (2008): Weitere Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung, IAQ-Report 1
- Ver.di (2009): »Solidarisch aus der Krise. Zwei Millionen Arbeitsplätze. Profiteure zur Kasse«, ver.di Bereich Wirtschaftspolitik, Mai, www.wipo.verdi.de

Armin Paasch

## Die globale Hungerkrise

Ursachen und Perspektiven

Die Preissteigerungen auf den Agrarrohstoffmärkten zwischen 2006 und 2008 stürzten zusätzliche 110 Millionen Menschen in Hunger und Elend. Durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise kamen 2009 schätzungsweise weitere 50 Millionen hinzu. Dennoch ist die »Hungerkrise« nicht neu. Bereits vor der mexikanischen Tortillakrise, dem Auftakt zu 40 Hungeraufständen, waren 850 Millionen Menschen chronisch unterernährt. Die Ursachen der kurz- und langfristigen Hungerkrise liegen vor allem in einer verfehlten globalen Landwirtschaftspolitik und der systematischen Diskriminierung von KleinproduzentInnen. Eine Lösung wird es nur dann geben, wenn wir den Vorrang grundlegender sozialer Menschenrechte vor den kapitalgesteuerten Gesetzen des Weltmarktes durchsetzen können.

Allein in der ersten Jahreshälfte 2008 kam es bei Grundnahrungsmitteln wie Reis und Speiseöl zu einer Preisverdopplung (FAO 2009). Ähnlich dramatische Preissteigerungen waren auf dem Weltmarkt für Mais und Weizen zu verzeichnen. Die Ursachen sind vielschichtig: Witterungsbedingte Ernteausfälle etwa in Australien, den USA und der Türkei – ein Vorgeschmack auf die künftigen Verheerungen des Klimawandels – hatten die weltweite Getreideproduktion 2007 gegenüber dem Vorjahr um sieben Prozent einbrechen lassen. Bevölkerungswachstum, Verstädterung und die gestiege-

ne Kaufkraft der Mittelschichten in Indien und China hatten den Verbrauch von Fleisch und Milchprodukten und damit auch von Futtermitteln erhöht. Die Verdreifachung der Ölpreise seit 2000 hatte die Kosten für Transport, aber auch für Düngemittel und Pestizide in die Höhe schnellen lassen. Damit eng verknüpft war auch die Suche nach alternativen Energiequellen. Der Boom der Agrartreibstoffproduktion führte zu einer weiteren Verknappung des weltweiten Angebots von Mais, Soja, Weizen und anderen Feldfrüchten, die für die Welternährung gebraucht werden.

Sinkendes Angebot und steigende Nachfrage auf dem Weltmarkt führten zu einer strukturellen Trendwende auf den Rohstoffmärkten: Nachdem seit den 1970er Jahren vor allem niedrige Agrarpreise die Entwicklung der Landwirtschaft gehemmt hatten, ist künftig – trotz erheblicher Schwankungen – auch langfristig mit Preisanstiegen zu rechnen. Kurzfristig kam ein weiterer Faktor hinzu, ohne den die gewaltigen Preisausschläge zwischen Mitte 2007 und Mitte 2008 nicht zu erklären sind: der Ansturm institutioneller Investoren – wie Hedgefonds, Banken und Versicherungen – auf Agrarrohstoffe etwa an den (deregulierten) Warenterminbörsen. Vor allem aufgrund des Platzens der Immobilienblase und der neuen Attraktivität der Agrarmärkte stieg die Anzahl der monatlichen Termingeschäfte allein an der Börse in Chicago zwischen Oktober 2007 und März 2008 um 65% (Wahl 2008).

### Preissteigerungen die beste Medizin gegen den Hunger?

Die Debatte um die Hungerkrise hat sich bisher vor allem auf die Ursachen der Preissteigerungen konzentriert. Mindestens ebenso erklärungsbedürftig ist jedoch die Tatsache, dass diese Preissteigerungen zu einer Zunahme und nicht zu einer Abnahme des Hungers führten. Dies ist keineswegs selbstverständlich, leben doch acht von zehn Hungernden auf dem Land und größtenteils von der Landwirtschaft. Als Kleinbauern, landlose Landarbeiter, Indigene, Nomaden und Fischer sind die meisten chronisch Unterernährten selbst Nahrungsmittelproduzenten (UNDP 2005). 70% der Hungernden sind weiblich. Der Rohstoffboom hätte unter den Bäuerinnen und Bauern eigentlich Begeisterungstürme auslösen müssen.

Warum kam es anders? Zum einen müssen auch Bauern einen Großteil ihrer Nahrung hinzukaufen, weil sie nicht alles selber anbauen können. Vom Fluch gestiegener Lebensmittelpreise wurden sie also ebenso wenig verschont wie die SlumbewohnerInnen. Der Segen des Booms hingegen ging an ihnen vorüber. Von der gestiegenen Nachfrage konnten viele von ihnen nicht profitieren, weil Kapital, Kredite und Kenntnisse fehlten, um die Produktion auszuweiten. Hinzu kam, dass gestiegene Rohstoff- und Verbraucherpreise sich vielerorts kaum in den Erzeugerpreisen widerspiegelten.